

NOCH

100

TAGE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Vier Jahre große Koalition – vier Jahre kleines Karo!

Die traurige Bilanz der Regierung Merkel-Steinmeier 2005-2009

In 100 Tagen wird gewählt. Seit vier Jahren wird Deutschland von einer großen Koalition regiert. Sie war eine Notlösung. Keines der politischen Lager konnte 2005 eine Mehrheit auf sich vereinen. Aber große Koalitionen, so befanden nicht wenige Beobachter und politische Analysten, sind gut, um große Probleme zu lösen. Und Herausforderungen gab und gibt es genug: den Klimawandel, die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Reform der Kranken- und Pflegeversicherung, eine bessere Bildungspolitik, die Föderalismusreform. Große Probleme – große Koalition? Welch ein Irrtum.

- Die große Koalition hat Deutschlands Vorreiterrolle im Klimaschutz verspielt und den Neubau von klimaschädlichen Kohlekraftwerken massiv unterstützt.
- Sie hat uns den Gesundheitsfonds beschert, steigende Beiträge und zusätzliche Steuermittel in der Größenordnung von zehn Milliarden Euro.
- In der Bildungspolitik ist die Blockade durch den Föderalismus nicht überwunden. Viel zu wenig wird in Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Professorinnen und Professoren investiert.
- Die Föderalismusreform hat die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze kaum gesenkt. Stattdessen wurde die Finanzierung von Kindertagesstätten entsetzlich bürokratisiert.
- Eine Vereinfachung und Vereinheitlichung des Umweltrechts hat nicht stattgefunden. Damit wurde auch eine sinnvolle Entbürokratisierung blockiert.
- Die große Koalition hat es nicht einmal geschafft, inmitten der größten Wirtschaftskrise eine effektive Betreuung und Vermittlung von demnächst über vier Millionen Arbeitslosen in den Jobcentern zu sichern.

Große Koalition – kleines Karo! Das ist die Bilanz nach vier Jahren Merkel und Steinmeier.

Dabei hatten Union und SPD gute Startbedingungen und konnten Früchte rot-grüner Vorarbeit ernten. Die Arbeitsmarktreformen zeigten Wirkung und im Aufschwung explodierte das Steueraufkommen. Zusammen mit den schwarz-roten Steuererhöhungen (drei Prozent höhere Mehrwert- und Versicherungssteuer, gekürzte Pendlerpauschale und halbiertes Sparerfreibetrag) spülte das dem Bund ordentlich Geld in die Kassen: Von 2006 bis 2009 erzielte er außerordentliche Steuererhöhungen von mehr als 138 Milliarden Euro im Vergleich zu 2005. Die Chance, damit den Haushalt krisenfest zu machen und strukturelle Defizite abzubauen, hat die Koalition aber nicht genutzt.



Ratlos in der Krise

Keines der anstehenden Probleme hat die große Koalition gelöst. Stattdessen hat sie neue hinzugefügt. Am Ende ihrer Amtszeit blicken die Bürgerinnen und Bürger auf den größten Schuldenberg in der Geschichte der Bundesrepublik: Nach grüner Berechnung müssen wir 2009 von einer Neuverschuldung von über 91 Milliarden Euro ausgehen. In der Finanzplanung bis 2013 rechnet die Bundesregierung selbst derzeit mit gesamtstaatlichen Steuerausfällen in Höhe von 316 Milliarden Euro.

Mit 80 Milliarden Euro schlagen die zwei Konjunkturpakete im Haushalt zu Buche. Ihre krisenmildernde Wirkung taxiert die Regierung selbst nur auf 0,5 Prozent bis 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das ist sehr viel Geld für sehr wenig Effekt. Andere Länder – die USA, China, Japan und Südkorea – tun mehr und agieren zielgerichteter.

In dieser Zeit, in denen nicht nur die Situation sondern auch die Bürgerinnen und Bürger wieder nach mehr Politik rufen, weil der Markt Probleme nicht gelöst, sondern die Grundlagen unseres Wirtschaftens zerstört, versagt die Koalition vollends. Nicht eine bessere Politik und eine neue Lösungen war ihre Antwort, sondern altes Denken und Hinterzimmergekungel ohne demokratische und gesellschaftliche Mitsprache. Die Bundesregierung hat sich ihre Krisenpolitik von den Lobbygruppen diktieren lassen:

- Sie verbürgt Bankern das spekulativ aufgeblähte Geschäftsvolumen, anstatt durch – günstigere – Eigenbeteiligungen dafür zu sorgen, dass Banken wieder Geld verleihen.
- Den deshalb anhaltend blockierten Innerbankenverkehr kompensiert sie mit einem 100 Milliarden Euro teuren Rettungsschirm für die Industrie.
- Sie fördert den Ausverkauf veralteter Autos, statt die Markteinführung von Elektro- und Hybridfahrzeugen zu forcieren und konsequent zu fördern. Die USA wollen bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge bauen.
- Sie baut für eine sinkende Bevölkerung neue Straßen und verbietet Kommunen, in den Öffentlichen Nahverkehr zu investieren. China investiert 81 Milliarden US-Dollar in den Ausbau des Schienennetzes.

Das muss in 100 Tagen zu Ende sein. Vier Jahre Stillstand, gegenseitige Blockade und falsche Weichenstellungen sind genug. Wir müssen massiv investieren in Klima, Gerechtigkeit und Bildung. So können wir in den nächsten vier Jahren eine Million Jobs schaffen. Aus der Krise hilft nur grün. Die letzten Tage schwarz-roten Krisengemurkses sind angebrochen.

Dem Blick zurück folgt der Blick nach vorn. Und da wird deutlich: Auch CDU, CSU und FDP haben keine Lösungen für die großen Probleme und Herausforderungen unserer Zeit. Im Gegenteil: Das Land darf nicht in die Hände einer schwarz-gelben Regierung fallen. Denn Schwarz-Gelb, das hieße noch eine Steigerung des Alten und Falschen. Es hieße: Umverteilung von unten nach oben, Steuersenkungen für Reiche und die Vorbereitung eines Sozialabbaus größten Ausmaßes. Es hieße: Wiedereinstieg in die Atompolitik, verschärfte gesellschaftliche Desintegration und das Wiedererstarken neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Ein grüner Neuer Gesellschaftsvertrag

Deutschland braucht die Grünen. Denn Deutschland braucht eine ökologische, soziale und wirtschaftlich vernünftige Politik: Eine Politik, die Umwelt und Wirtschaft nicht als Gegensatz sieht, die gesellschaftliche Blockaden aufsprengt und mehr Teilhabe für alle ermöglicht, eine Politik, die das Klima schützt und am Atomausstieg festhält – ohne Wenn und Aber.

Wir haben viel vor und sind gut vorbereitet: Wir wollen eine Million neue Jobs schaffen. Durch Investitionen in Klima, Gerechtigkeit und Bildung legen wir die Grundlage dafür, dass auch unsere Kinder noch erfolgreich und nachhaltig wirtschaften können. Der Blaumann muss grün werden – mit einer strategischen Wirtschaftspolitik geben wir dem Industriestandort Deutschland wieder eine sichere Perspektive.

Die Zeit ist reif für einen grünen Neuen Gesellschaftsvertrag. Wir werben für eine neue Vereinbarung, wie wir unser Zusammenleben organisieren wollen, was wir produzieren, wie wir uns und unsere Güter transportieren. Wir brauchen einen neuen Konsens darüber, welche Regeln gelten sollen für ein gerechtes Miteinander. Wir müssen unseren Teil zu einem wirksamen Klimaschutz beitragen. Deutschland muss wieder international zum Vorreiter werden, damit wir die Auswirkungen des Klimawandels auf uns Menschen und unser Ökosystem begrenzen.

Im Wahljahr 2009 entscheidet es sich: Bekommen wir nach vier Jahren kleinem Karo endlich wieder das große Ganze in den Blick? Denn nur mit dieser ganzheitlichen grünen Perspektive werden wir unsere Probleme lösen und können sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen.



Und so sieht die Bilanz der großen Koalition 2005-2009 aus:

Afghanistan: Weiter so statt weiter gedacht

Antidiskriminierungspolitik: Ideologische Borniertheiten und Ausgrenzung statt Gleichbehandlung

Atompolitik: Stillstand und Belagerung statt Ausstieg und Sicherheit

Bahnpolitik: Zickzackkurs statt klarer Linie

Bildungspolitik: Kleinstaaterei statt gemeinsamer Zukunftsstrategie

Datenschutz: Vorrang für Verwertungsinteressen statt „Recht auf Privatheit“

Entwicklungszusammenarbeit: Weniger statt mehr

Europa: Verschlussene Hinterzimmer statt einer offenen EU

Frauenpolitik: Lähmender Stillstand statt aktiver Gleichstellungspolitik

Gesundheitspolitik: Ein Problemfonds geschaffen statt Strukturprobleme gelöst

Haushalt: Verpasste Chancen und neue Schulden statt nachhaltiger Konsolidierung und kluger Investitionen

Integration: Symbolpolitik statt echter Angebote

Jobcenter: Effektive Betreuung gefährdet statt effizienter Hilfe aus einer Hand

Kinderpolitik: Viel über Familie geredet statt Kinder unterstützt

Klimaschutz- und Energiepolitik: Bremser statt Vorreiter

Mehrwertsteuer: Soziale Schief lagen und arbeitspolitisches Eigentor statt gerechter Einnahmensteigerung

Menschenrechte: Augen zu statt neue Akzente gesetzt

Mindestlohn: Armut statt auskömmlichem Lohn

Rüstungspolitik: Waffen exportieren statt Abrüsten

Steuerpolitik: Neue Vorschriften statt Vereinfachung

Umweltrecht: Zersplittert statt vereinfacht

Verbraucherpolitik: Wirtschaftslobbyismus statt Transparenz für mündige Bürger

Die Bilanz: Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich seit 2007 deutlich verschlechtert, auch im deutschen Einsatzbereich im Norden (v.a. Kundus). Statt den Einsatz weiterzuentwickeln, hat die Koalition den unter Rot-Grün begonnenen Einsatz nur weiterlaufen lassen. Sie hat es versäumt, einen Kurswechsel „Zivil vor Militär“ durchzusetzen und unter den NATO-Staaten zu diskutieren. Die Mittel für den Staatsaufbau und die Polizeiausbildung liegen deutlich unter den Mitteln im militärischen Bereich und werden dem enormen Bedarf nicht gerecht.

■ ■ ■ gesagt

„In diesem Kontext unterstützt Deutschland den Prozess der Stabilisierung, des „nation building“ und des Wiederaufbaus, vor allem in Afghanistan und auf dem Balkan. Dies erfolgt mit einem umfassenden Ansatz politischer, wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer und militärischer Mittel. Wir werden über Auslandseinsätze der Bundeswehr unter dem Gesichtspunkt einer fairen Lastenteilung mit unseren Partnern entscheiden und eingegangene Zusagen verlässlich erfüllen.“ (Koalitionsvertrag)

■ ■ ■ getan

Der Einsatz wurde fortgesetzt, bilaterale Mittel geringfügig aufgestockt, von 80 Millionen auf 100 Millionen (2007) und 2008 auf 140 Millionen Euro bis 2010. Davon entfielen 35 Millionen auf den Polizeiaufbau, für den Deutschland die Hauptverantwortung übernommen hatte. Eine umfassende Evaluierung dieses Ansatzes – also der konkreten Ergebnisse der zivil-militärischen Zusammenarbeit und des Gesamtansatzes – blieb aus. Eingegangene Zusagen wurden nicht immer eingehalten. Zum Beispiel im Bereich der Polizeiausbildung hatte Deutschland eine besondere Verantwortung inne. Das deutsche Engagement seit 2005 wurde ihr nicht gerecht.

Grüne Position

Das Geld, das die Koalition für Staatsaufbau und Polizeiausbildung zur Verfügung stellt, wird dem enormen Bedarf im Land nicht gerecht. Eine substanzielle Aufstockung der Mittel, vor allem aber des Personals im Bereich Polizeiaufbau ist notwendig. Nötig ist außerdem eine Aufstockung explizit im zivilen Bereich, insbesondere in der Landwirtschaft, beim Arbeitsmarkt und im Bereich der Menschenrechte. Generell muss der Aufbau in Afghanistan fortgesetzt werden, aber ein Strategiewechsel ist unumgänglich: mehr zivile Hilfe, effektivere Umsetzung, keine kontraproduktiven Militäreinsätze (OEF), Staatsaufbau verbessern (insb. Polizei und Justiz), Menschenrechte stärker in den Fokus nehmen.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Weiter wie bisher, kein Kurswechsel „Zivil vor Militär“, keine kritische Evaluierung, im militärischen Bereich (ISAF) Schlingerkurs à la FDP, die ISAF mal zugestimmt, mal abgelehnt hat.

Antidiskriminierungspolitik: Ideologische Borniertheiten und Ausgrenzung statt Gleichbehandlung

Die Bilanz: Bei der Antidiskriminierungspolitik ist Deutschland zum Bremsklotz in Europa geworden. Brüssel hat sogar ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil die Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien in deutsches Recht so schlecht ist. Vier Richtlinien galt es umzusetzen: gegen Rassismus in Arbeitswelt und Wirtschaft, für Gleichbehandlung im Beruf, für Geschlechtergleichstellung. Aber durchgesetzt hat sich an vielen Stellen die ideologische Verbohrtheit der Union, die die SPD letztlich mitgetragen hat. Das Ergebnis: Murks hoch vier.

■ ■ ■ gesagt

Im Koalitionsvertrag verspricht Schwarz-Rot: „Die EU-Gleichbehandlungsrichtlinien werden in deutsches Recht umgesetzt.“

■ ■ ■ getan

2006 wurde das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ verabschiedet. Durch extensive Ausnahmeregelungen für kirchliche Arbeitgeber, geringe Klagemöglichkeiten für Verbände oder verkürzte Klagefristen wurde der ursprüngliche rot-grüne Entwurf aber bis zur Unwirksamkeit verwässert. Es wurde gemäß den EU-Richtlinien eine „Antidiskriminierungsstelle des Bundes“ eingerichtet. Durch die personelle Besetzung hat Ministerin von der Leyen diese aber politisch lahmgelegt. Aufgefallen ist die Stelle nicht durch eine starke Stimme gegen Diskriminierung, sondern nur durch Polemik gegen den Ausbau des Diskriminierungsschutzes, durch teure „Kamingespräche“ mit der Wirtschaft und durch immense Ausgaben für „strategische Beratung“ und „Medientraining“. Beim 2008 verabschiedeten Dienstrechtsneuordnungsgesetz hat die Koalition sogar bewusst gegen EU-Antidiskriminierungsrecht verstoßen: BundesbeamtInnen und SoldatInnen in eingetragener Lebenspartnerschaft wird weiter Familienzuschlag, Hinterbliebenenpension und Beihilfe verwehrt.

■ ■ ■ Grüne Position

Diskriminierung ist Gift für das gesellschaftliche Zusammenleben: wenn Menschen geringere Chancen haben, wenn sie ausgegrenzt oder sogar angefeindet werden. Deshalb treten wir für einen effektiven Diskriminierungsschutz ein: ein Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, das die EU-Vorgaben erfüllt. Eine Antidiskriminierungsstelle, die ihre Aufgaben engagiert wahrnimmt. Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit Ehepaaren im Beamtenrecht.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Mindestens Stillstand, eher noch Rückschritt. Denn nicht nur die Union ist hier ideologisch verbohrt. Auch die FDP führt einen Kreuzzug gegen den Ausbau der Bürgerrechte beim Diskriminierungsschutz. Sie versteht Freiheit nur als Ellenbogenfreiheit der Starken. Als einziges Mitglied der liberalen Parteifamilie kämpft sie im Europaparlament gegen verbesserten Diskriminierungsschutz.

Atompolitik: Stillstand und Belagerung

statt Ausstieg und Sicherheit

Die Bilanz: Vier Jahre wurden regelrecht vergeudet. Aus den Terrorgefahren und Sicherheitsmängeln hat die Bundesregierung keine Konsequenzen gezogen. Die modernisierten Sicherheitskriterien werden von der Atomaufsicht nicht angewandt. Die Suche für ein Atommüll-Endlager hat die Bundesregierung erst gar nicht in Angriff genommen. Damit wurde die große Chance vergeben, mit einer großen Koalition hier zu einem gemeinsamen Vorgehen von Bund und Ländern zu kommen. Während viele Tonnen neuen radioaktiven Mülls produziert wurden, hat die Koalition bei der Entsorgungsfrage versagt und damit der Atomwirtschaft, die an Gorleben als einzigem Standort für ein Atommüll-Endlager festhalten will, in die Karten gespielt. Das von Rot-Grün verhängte Erkundungs-Moratorium sollte Zeit für eine sachgerechte Lösung bringen. Es läuft 2010 aus und nichts ist passiert. Dabei lag ein Entwurf für ein Endlagersuchgesetz fertig im Umweltministerium vor.

All das zeigt: Die Koalitionsvereinbarung war ein fauler Kompromiss der Schwarz-Rot handlungsunfähig gemacht hat. Die SPD hat auch die möglichen Fortschritte bei der Sicherheit und bei der Endlagersuche nicht zur Umsetzung gebracht. Ob die Sozialdemokraten bei einer Neuauflage der großen Koalition den Fortbestand des Atomausstiegs noch sichern, ist fraglich.

■ ■ ■ gesagt

„CDU, CSU und SPD bekennen sich zur nationalen Verantwortung für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle und gehen die Lösung dieser Frage zügig und ergebnisorientiert an. Wir beabsichtigen, in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung zu kommen.“ (Koalitionsvertrag)

■ ■ ■ getan

Die Koalition hat die technischen Anforderungen an Atommüllendlager überarbeitet, aber weder ein Konzept für die Endlagerung noch ein Standortsuchgesetz vorgelegt.

Grüne Position

Alte unsichere AKWs müssen früher abgeschaltet werden. Die neuen Sicherheitsstandards müssen ohne Wenn und Aber durchgesetzt werden. Die katastrophale Lagerung von strahlendem Müll in der Asse und in Morsleben, zum Teil verschleiert und geleugnet, ist ein Skandal erster Güte. Beides unterstreicht wie dringend erforderlich ein Neuanfang in der Endlagerpolitik ist. Wir wollen einen Untersuchungsausschuss Asse und ein ergebnisoffenes bundesweites Standortsuchverfahren mit einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung, das Alternativen zu Gorleben eröffnet.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Union und FDP setzten auf Laufzeitverlängerung der alten maroden AKWs. Das erhöht die Gefahren durch Flugzeugabstürze, Terroranschläge und Unfälle. Und es wird immer mehr Atommüll produziert, für den es keine Lösung gibt. Diese fehlende Lösung der Endlagerfrage würde Schwarz-Gelb zudem im ungeeigneten Gorleben festschreiben.

Die Bilanz: Die Bundesregierung hat mit einer wankelmütigen und konzeptionslosen Politik die Bahn aufs Abstellgleis geschickt. Die gescheiterte Privatisierung der Bahn ist nur der vorläufige Höhepunkt dieses Trauerspiels. Nachdem jahrelang der integrierte Börsengang und die Teilprivatisierung mit Schienennetz als alternativlos dargestellt wurden, verfolgte die Politik nach dem Veto des SPD-Parteitag im Oktober 2007 den Ansatz eines Holding-Modells. 24,9 Prozent des Personen- und Güterverkehrs sollten privatisiert werden. Mit dem Zusammenbruch der Finanzmärkte im Herbst 2008 scheiterte auch das. In diesem Fall muss man sagen: zum Glück.

■ ■ ■ gesagt

Klar war: Die Bahn sollte privatisiert werden. Nur wie, das war noch offen. Die Formulierung im Koalitionsvertrag ist schwammig, es wurde lediglich auf ein noch auszuwertendes Gutachten verwiesen.

■ ■ ■ getan

Ein Privatisierungsgesetz vom 24.7.2007 sah einen Börsengang mit dem Schienennetz vor. Dieser Gesetzentwurf wurde nicht weiterverfolgt, nachdem zunächst der Bundesrat und dann der SPD-Parteitag im Oktober 2007 die Zustimmung verweigerte. Dann wurde der Bahnkonzern umgebaut (Holding-Modell), um ihn teilweise an Bundestag und Bundesrat vorbei privatisieren zu können. Der Börsengang wurde im Juli 2008 erneut beschlossen. Nur durch den Zusammenbruch der Finanzmärkte wurde dies verhindert.

Grüne Position

Die Schieneninfrastruktur muss zu 100 Prozent im Bundesbesitz bleiben, schon im Sinne der grundgesetzlichen Daseinsvorsorge. Die klare eigentumsrechtliche Trennung von Netz und Betrieb ist unverzichtbar. Private Investoren dürfen auch indirekt keinen Einfluss auf die Schieneninfrastruktur nehmen. Wir wollen die Mittel für eine langfristig orientierte Bahnpolitik um zwei Milliarden Euro jährlich aufstocken, davon sollen 500 Millionen jährlich in den Ausbau des Nahverkehrs fließen. Mit einem sogenannten Deutschland-Takt wollen wir für einen nahtlosen und pünktlichen Verkehrsablauf sorgen. Nach dem Modell der Schweiz wollen wir alle Städte in Deutschland mit einem integrierten Taktfahrplan verbinden.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Union und FDP würden die Bahnprivatisierung sicherlich auf die Tagesordnung setzen, mit dem Ziel einer Vollprivatisierung des Personen- und Güterverkehrs.

Die Bilanz: Bildung entscheidet über unsere Zukunftsfähigkeit, individuell und als Gesellschaft. Aber Deutschland unter Schwarz-Rot investiert viel zu wenig in sein Bildungssystem. Darüber können auch die Ankündigungen von Mehrausgaben in der Wissenschaft von bis zu 18 Milliarden in den nächsten zehn Jahren nicht hinwegtäuschen. Um gute Bildung für alle anzubieten, müssen die Bildungsausgaben um mehr als 20 Milliarden Euro pro Jahr steigen. So hätte es dringend ein Förderprogramm gebraucht, um flächendeckend gebundene Ganztagschulen einzuführen. Aber eine solche Priorisierung von Bildung als gesamtstaatliche Aufgabe ist nach dem Kooperationsverbot der Föderalismuskommission I nicht mehr möglich. Ein entscheidender Fehler. Wie Bildung finanziert werden soll, ist weiter offen.

■ ■ ■ gesagt

Laut Koalitionsvertrag ist „Bildung ... ein zentrales Anliegen, das eine große Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen erfordert.“

Gleichzeitig wird angekündigt, mit der Föderalismusreform I die Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau und Bildungsplanung abzuschaffen und ein weitgehendes Kooperationsverbot im Bildungsbereich festzulegen (vgl. Anhang des Koalitionsvertrages).

Laut Föderalismusreform II:

„Der Bund bietet den Ländern an, dazu mit Beginn des Jahres 2006 die Voraussetzungen und Lösungswege zu klären, das Grundgesetz so zu ändern, dass die Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften und ihre aufgabenadäquate Finanzausstattung gestärkt werden kann.“

■ ■ ■ getan

Die Föderalismusreform I wurde wie vereinbart umgesetzt. Das war schlimm genug für die Zukunft des Bildungssystems. Zusätzlich nahm die Koalition im Verlauf der Föderalismusreform II die „aufgabenadäquate Finanzausstattung“ von der Tagesordnung. Um das eigene Konjunkturprogramm im Nachhinein noch verfassungsgemäß zu machen, ist es dem Bund nach der Föderalismusreform II wieder gestattet, sich an der Bildungsfinanzierung beteiligen – absurderweise aber nur im Not- und Katastrophenfall.

Auf dem Bildungsgipfel wurde das Ziel vereinbart, die Bildungsausgaben auf sieben Prozent des BIP zu erhöhen. Konkrete Beschlüsse über Finanzierungsanteile zwischen Bund, Ländern und Privaten gab es aber nicht.

Positiv zu Buche schlagen nur die drei allerdings unter Finanzierungsvorbehalt stehenden Wissenschaftspakete.

■ ■ ■ Grüne Position

Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Nur wenn alle Ebenen miteinander kooperieren, schafft Deutschland endlich ein leistungsstarkes Bildungssystem, in dem Kinder und junge Menschen früh und individuell gefördert werden. Deshalb: weg mit dem Kooperationsverbot.

Wir brauchen schnellstmöglich ein verbindliches Konzept zur Steigerung der Bildungsausgaben in Bund und Ländern. Bildungsausgaben sind Investitionen und sollten im Haushalt genauso behandelt werden. Außerdem schlagen wir die schrittweise Umwandlung des Soli in einen Bildungssoli vor.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Die Schwächen unseres sozial selektiven Schulsystems würden nicht behoben, zu wenig und zu schlecht finanzierte Studienplätze hielten Studierende von den Hochschulen fern und statt einer gemeinsamen Zukunftsstrategie für den Bildungsbereich müssten wir uns mit Kleinstaaterei abfinden.



Datenschutz: Vorrang für Verwertungsinteressen

statt „Recht auf Privatheit“

Die Bilanz: Von der Bahn über die Telekom bis zu Lidl: Schwerwiegende Datenschutzskandale häufen sich. Aber nicht nur Beschäftigte sind Spitzelattacken ausgesetzt. Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher wundern sich, wer alles über ihre Daten verfügt. Werberror am Telefon nervt und nimmt zu. Wo es auf der einen Seite an Schutzmechanismen fehlt, wird auf der anderen Seite von der großen Koalition die Schraube überdreht: Bei der inneren Sicherheit hat sie die Gesetze auf Kosten des Datenschutzes verschärft. Aber selbst, wo die Koalition Verbraucherdaten schützen wollte – wie beim Scoring-Gesetz –, hat sie das Gegenteil erreicht.

■ ■ ■ gesagt

Datenschutz wurde im Koalitionsvertrag ausgespart und nur im Zusammenhang mit Bürokratieabbau erwähnt.

Aber angesichts der Skandale mit illegal gehandelten Daten musste sich die Koalition bewegen. Auf dem „Datenschutzgipfel“ am 3. September 2008 kündigte CDU-Innenminister Schäuble an, dass die Weitergabe persönlicher Daten ohne ausdrückliche Zustimmung der Betroffenen künftig verboten wird.

Das Arbeitnehmer-Datenschutzgesetz wurde nicht im Koalitionsvertrag vereinbart, wohl aber in gemeinsamen parlamentarischen Entschließungen zugesichert.

■ ■ ■ getan

Die Gesetzesvorlage zum Adresshandel wird derzeit von der Unionsfraktion auf Druck der Wirtschaftslobby wieder kräftig zurückgefahren. Die Koalition hat sich zur Demonstration vermeintlicher Handlungsfähigkeit vor der Bundestagswahl auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt. Aus dem großen Vorhaben wurde so symbolische Politik. Es ist damit zu rechnen, dass auch zukünftig Unternehmen private Daten für Werbezwecke verkaufen können.

Eine der wenigen tatsächlichen Veränderungen ist das Scoring-Gesetz, das die anonymen mathematischen Verfahren zur Feststellung der Bonität von VerbraucherInnen regelt. Aber auch das ist misslungen. Faktisch vergrößert es den Anwendungsbereich dieser Verfahren. Auch Versicherer und Arbeitgeber können auf private Daten zugreifen. Zudem dürfen Menschen in sozial schwierigen Wohngebieten weiterhin schlechter eingestuft werden. Sie zahlen also drauf.

SPD-Arbeitsminister Scholz hat es nicht geschafft, den Entwurf eines Arbeitnehmer-Datenschutzgesetzes vorzulegen.

■ ■ ■ Grüne Position

Die Koalition hat es nicht geschafft, den Skandalen der letzten Jahre mit wirksamen Lösungen entgegenzutreten. Vernünftige Gesetze fehlen, die Koalition hat sich wirtschaftlichem Lobbydruck gebeugt. Unser Ziel ist, dass Datenschutz zum Verbraucherschutz wird. Verknüpft mit strengen Zustimmungslösungen, wonach nur weitergegeben werden darf, was die Betroffenen ausdrücklich erlaubt haben. Wir wollen den Datenschutz verfassungsrechtlich verankern. Menschen haben ein Recht auf Privatheit. Dazu brauchen wir ein komplett erneuertes Bundesdatenschutzgesetz und ein Gesetz zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Rechte der Datenschutzbehörden und der Datenschutzbeauftragten müssen auf allen Ebenen verstärkt werden. Auch die Informationsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger ist umfassend zu erweitern.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Die Wirtschaftsinteressen würden über den Bürgerrechten stehen. Beim Datenschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist gar nichts zu erwarten. Und auch keine Regelung für eine konsequente Zustimmung der Betroffenen bei der Weitergabe ihrer persönlicher Daten von einem Unternehmen zum anderen.

Entwicklungszusammenarbeit: Weniger

statt mehr

Die Bilanz: Nichts hat die große Koalition getan, um den Millenniumszielen (MDG) der Vereinten Nationen Rechnung zu tragen. Diese besagen, dass der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben und Hunger leiden, bis 2015 halbiert werden soll. Die Ausbreitung von HIV/Aids und anderen Krankheiten soll gestoppt, die Müttersterblichkeit reduziert werden. Ziel ist außerdem, die globale Umweltzerstörung einzudämmen und den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu verbessern. Allen Kindern soll zumindest eine Grundschulbildung ermöglicht und mehr Geschlechtergerechtigkeit hergestellt werden. Um das zu erreichen, hätte die Entwicklungszusammenarbeit einfacher, schlagkräftiger und finanziell besser ausgestattet werden müssen und die Durchführungsorganisationen reformiert werden müssen. Aber die Mittelausstattung blieb gering, von Abstimmung zwischen den Ressorts keine Spur.

■ ■ ■ gesagt

Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist eigenständiger Teil der gemeinsamen Außenpolitik. Bezugspunkt sind die MDG. Die Wirksamkeit der EZ soll gesteigert werden, bessere Absprache der Geber untereinander und zwischen bilateraler und multilateraler EZ stattfinden. Zur besseren Wirksamkeit sollen technische und finanzielle Zusammenarbeit miteinander verknüpft werden. Die Mittel sollen bis 2010 auf mindestens 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) erhöht werden.

■ ■ ■ getan

Die Koalition hat die Zahl der Länder, mit denen kooperiert wird, gesenkt. Handelspolitisch hat die Koalition mit Exportsubventionen für Milch und Schweinefleisch den Entwicklungsländern zusätzlich geschadet. Das bestehende (rot-grüne) Aktionsprogramm für eine Kohärenz aller Ressorts wurde ins Abseits befördert.

■ ■ ■ Grüne Position

Die Millenniumsziele sind unsere Richtschnur, wir wollen sie umsetzen. Bis 2015 sollen die Mittel für die Zusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens steigen. Dies erfordert höhere Haushaltsmittel, innovative Finanzierungsinstrumente (Finanztransaktionssteuer, Flugticketabgabe, Emissionshandel) und Entschuldung. Die Zusammenarbeit in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, ländliche Entwicklung und beim Aufbau sozialer Sicherungssysteme wollen wir ausbauen, den Technologie- und Know-how-Transfer von Nord nach Süd verbessern. Wir wollen eine eigenständige Entwicklungszusammenarbeit. Die Qualität der Arbeit soll durch eine neu zu schaffende Entwicklungsagentur, in der GTZ und KfW-Entwicklungsbank aufgehen, gesteigert werden. Die Trennung zwischen technischer und finanzieller Zusammenarbeit entfällt damit. Wir wollen, dass Handels-, Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt- und Entwicklungspolitik ineinandergreifen und zusammenwirken. Ein Beispiel ist die Abschaffung von EU-Agrarexportsubventionen, die Märkte in Entwicklungsländern zerstören.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Keine Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente zur Entwicklungsfinanzierung. Keine Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit. Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik im Sinne der (Außen-) Wirtschaftsförderung. Kein Ausbau von Klima- und Umweltzusammenarbeit in der EZ.

Die Bilanz: Die Chance, die deutsche Ratspräsidentschaft zu nutzen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU zu stärken, wurde vertan. Statt Parlament und Bürger einzubeziehen, praktiziert die Regierung Merkel in EU-Angelegenheiten ewige Hinterzimmerpolitik. Die Entfremdung der Bürger von der EU-Politik hat sich bei den Europawahlen gezeigt. Beteiligungsrechte des Bundestages werden von der Bundesregierung ausgebremst. Verheerend ist das Verhalten gegenüber der Türkei. Merkel und Co sprechen – anders als Kohl – nur noch von einer privilegierten Partnerschaft.

■ ■ ■ gesagt

Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU muss zurückgewonnen werden, man will sich für eine stärkere Demokratisierung der EU einsetzen.

Zur Türkei: Die Beitrittsverhandlungen sind ein Prozess mit offenem Ende. Wenn die Türkei nicht in der Lage sein sollte, die Verpflichtungen voll und ganz einzuhalten, soll sie mit einem privilegierten Verhältnis eingebunden werden.

■ ■ ■ getan

Ohne Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament wurde der Lissabonvertrag geschrieben. Die Politik der Regierungshinterzimmer wurde weitergeführt.

Eine umfangreiche Vereinbarung wurde zwischen Bundestag und Bundesregierung getroffen – die BBV – durch die u.a. auch das Verbindungsbüro in Brüssel geschaffen wurde. In der Praxis aber hapert es gewaltig.

Die Beitrittsperspektive des westlichen Balkans wurde aufgegeben und Kanzlerin Merkel hat wiederholt eine Phase der Konsolidierung der EU propagiert – mit einer Ausnahme: Kroatien.

Anstatt der ergebnisoffenen Verhandlungen mit der Türkei wiederholte die Kanzlerin immer wieder ihr Projekt der privilegierten Partnerschaft und lud die Türkei nicht, wie sonst bei Beitrittskandidaten üblich, zu den Feierlichkeiten zum 50. Jubiläum.

Grüne Position

Die Europäische Union ist unverzichtbar für ein friedliches Zusammenleben und für den Weg einer gerechten und sozialen Globalisierung. Viele wichtige Fragen können wir nur im europäischen Verbund beantworten – dies betrifft gerade die Lösung der Krisen unserer Zeit. Auch wollen wir die EU als eine starke globale Akteurin. Sie braucht aber noch deutlich mehr Zustimmung und Verständnis bei ihren Bürgerinnen und Bürgern. Auch deshalb müssen politische Prozesse und Debatten auf europäischer Ebene öffentlich sichtbar und transparent gemacht werden. Die EU ist kein exklusiver Club. Das müssen wir unterstreichen, indem wir die Türkei und die Staaten des westlichen Balkans auf ihrem Transformationsweg unterstützen. Die EU-Vereinbarung ist ein gutes Instrument, damit der Bundestag endlich europafähiger sein kann. Die ständigen Verstöße der Bundesregierung sind nicht hinnehmbar.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Weniger statt mehr. Schwarz fordert offen eine Renationalisierung von Politikfeldern – ohne zu erklären, welche Felder das sein sollen. Gelb will eine EU, die „stark, aber schlank ist“. Das soziale Europa lehnt sie ab. Vielmehr soll Sozialpolitik in der alleinigen Verantwortung der Mitgliedstaaten bleiben. Sie propagiert noch immer den unverfälschten Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt. Auch die Politik zur Unterstützung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und der westlichen Balkanstaaten würde einschlafen. Schwarz ist gegen einen Beitritt der Türkei in die EU und einen grundsätzlichen Beitrittsstopp mit Ausnahme von Kroatien. Gelb duckt sich bei der Türkei weg, mit der Aussage, dass diese Frage derzeit nicht anstehe.

Frauenpolitik: Lähmender Stillstand

statt aktiver Gleichstellungspolitik

Die Bilanz: In Deutschland verdienen Frauen im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer. 70 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor sind Frauen. In Führungspositionen sind Frauen kaum vertreten: Sie stellen nur zwei Prozent der Vorstände. In den Aufsichtsräten liegt ihr Anteil mit neun Prozent zwar höher, aber davon sind rund zwei Drittel von den Gewerkschaften entsandt. Es gibt derzeit nur eine Frau in den Vorständen der DAX-30-Unternehmen. Deutschland ist von der EU bereits wegen mangelnder Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie angemahnt. Für eine führende Wirtschaftsnation ist diese Bilanz niederschmetternd.

■ ■ ■ gesagt

„Wir werden das Ziel weiterverfolgen, das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ entsprechend einer europäischen Verpflichtung zu verwirklichen.“ (Koalitionsvertrag)
„Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sie [die Frauen] die gleichen Karrierechancen und den gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und in der Forschung erhalten. Auf der Basis der in dieser Legislaturperiode zu erstellenden zweiten Bilanz werden wir deshalb über dann möglicherweise notwendige, verbindliche Instrumente befinden.“ (Koalitionsvertrag)

■ getan

Die große Koalition hat zwar 2006 das von der EU geforderte „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ verabschiedet, das ein Diskriminierungsverbot beim Arbeitsentgelt vorsieht. Aber der rot-grüne Entwurf wurde so stark verwässert, dass er zu einer Alibiveranstaltung gemacht wurde und kaum mehr Wirkung erzielen kann. Eigene Initiativen der Koalition fehlen, das Lohngefälle besteht unverändert fort.
Zur Gleichstellung hat die große Koalition nichts beschlossen, schon gar keine „verbindlichen Instrumente“ (wie etwa ein Gleichstellungsgesetz). In der Gleichstellungspolitik hat sich die Regierung desinteressiert und handlungsunfähig gezeigt.

Grüne Position

Lohnleichheit ist eine Gerechtigkeitsfrage. Hier hat die große Koalition total versagt. Deutschland ist nahezu Schlusslicht in der EU. Mit von der Leyens Familienpolitik allein kommt die Gleichstellung nicht voran. Tarifverträge sind auf direkte und indirekte Diskriminierung zu überprüfen – mit dem öffentlichen Dienst als Vorreiter. Arbeitgeber wie Gewerkschaften aber auch die Politik sind hier gefragt. Wichtig sind ein gesetzlicher Mindestlohn, ein echtes Verbandsklagerecht und eine funktionsfähige Nationale Antidiskriminierungsstelle. Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft mit klaren Zielvorgaben für Einstellung, Qualifizierung und Beurteilung. Öffentliche Aufträge müssen bevorzugt an Unternehmen gehen, die Gleichstellung ernst nehmen. Aufsichtsräte müssen mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Der Stillstand in der Gleichstellung würde zementiert. Bei der FDP wird Frauenpolitik klein geschrieben. Für Frauen, die keine Führungskräfte sind, hat die FDP gar keine Ideen. Bei der Union wissen wir, dass sie einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt durchaus skeptisch gegenübersteht. Beide Parteien sind absolut gegen gesetzliche Regelungen und setzen trotz aller negativen Erfahrungen unverdrossen nur auf Freiwilligkeit der Unternehmen.

Gesundheitspolitik: Ein Problemfonds geschaffen

statt Strukturprobleme gelöst

Die Bilanz: Zäh war das Ringen der Koalitionspartner in der Gesundheitspolitik. Kopfpauschale oder Bürgerversicherung. Rausgekommen ist ein bürokratisches Monster, das keines der bestehenden Probleme löst und bereits ein halbes Jahr nach Einführung vor der Pleite steht. Gerade in der Krise zeigen sich die elementaren Webfehler: Durch Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit fehlen in diesem Jahr wenigstens drei Milliarden Euro. Die strukturellen Schwächen der bisherigen Krankenversicherung wurden durch den Fonds nicht beseitigt: Die Einnahmen wachsen nicht in gleichem Maße wie die Wirtschaftskraft. Die Versichertenbeiträge verursachen sehr hohe Lohnnebenkosten. Mit dem demografischen Wandel und dem medizinisch-technischen Fortschritt wachsen die Anforderungen an die Gesundheitsversorgung, gleichzeitig brechen immer mehr Menschen aus der solidarischen Finanzierung aus. Dafür schafft der Fonds neue Probleme: Sei es, dass künftig die Bundesregierung den Krankenversicherungsbeitrag festsetzt – der dann politischen statt gesundheitlichen Zielen untergeordnet wird. Sei es, dass die Ausgestaltung des Zusatzbeitrags sich als Innovationsbremse entpuppt.

■ ■ ■ gesagt

„Sicherung einer nachhaltigen und gerechten Finanzierung“ (Koalitionsvertrag)

■ ■ ■ getan

Eingeführt wurde der Gesundheitsfonds mit zentraler Beitragsammelstelle und versicherungsbezogenen Zuweisungen an die Kassen differenziert nach Alter, Geschlecht und ggf. Krankheit. Der Einheitsbeitrag wird durch die Bundesregierung jährlich festgesetzt. Der Bundeszuschuss steigt auf 14 Milliarden Euro bis 2012 an.

Ab 2010 wird das Finanzierungsvolumen des Fonds bei nur noch 95 Prozent liegen. Durch die „kleine Kopfpauschale“ werden die Versicherten rund vier Milliarden Euro jährlich mehr bezahlen müssen als bisher. Diese Zusatzbeiträge werden kassenindividuell festgelegt. Der Arbeitgeberbeitrag wird faktisch eingefroren.

Grüne Position

Eine nachhaltige und gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems sieht anders aus. Wir Grüne wollen eine echte Bürgerversicherung und durch die Zusammenführung von GKV und PKV alle Bevölkerungsgruppen in den Solidarausgleich einbeziehen. Die Finanzierungsbasis wollen wir ausweiten und sichern. Dazu ziehen wir nicht nur Arbeitseinkommen, sondern alle Einkommensarten wie auch Kapital- und Gewinneinkommen heran. Mit der Bürgerversicherung wollen wir auch die Qualität des Gesundheitssystems steigern: durch mehr Prävention und einen effektiveren Einsatz der Mittel.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Aus der kleinen würde schnell eine große Kopfpauschale werden. Der GKV würde die Solidarität ausgetrieben.

Haushalt: Verpasste Chancen und neue Schulden

statt nachhaltiger Konsolidierung und kluger Investitionen

Die Bilanz: 90 Milliarden Euro nimmt der Bund 2009 an neuen Schulden auf. Rund 2.000 Milliarden Euro Schulden werden es insgesamt bis 2013 – der aktuellen Finanzplanung folgend – sein. Damit nimmt der Schuldenberg Dimensionen an, die wir uns eigentlich nicht mehr vorstellen können. Die Summe entspricht 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – ein trauriger Rekord. Mit der Wirtschaftskrise allein lässt sich das nicht erklären. Denn höhere Mehrwert- und Versicherungssteuer, gekürzte Pendlerpauschale und halbiertes Sparerfreibetrag sowie die zunächst noch brummende Konjunktur spülten kräftig Geld in die Kassen des Bundes: 2008 fast 50 Milliarden Euro – mehr noch als 2005. Von 2006 bis 2009 erzielte der Bund in Summe außerordentliche Steuermehreinnahmen von mehr als 138 Milliarden Euro. Beste Voraussetzungen eigentlich, um den Haushalt krisenfest zu machen und strukturelle Defizite abzubauen. Diese Chance wurde vertan.

■ ■ ■ gesagt

Die Lasten gerecht auf alle Schultern verteilen, die Verschuldungsgrenze des Art. 115 GG wieder einhalten, Sparsamkeit und Ausgabenkürzung, Einnahmeverbesserung durch Subventionsabbau, 35-Milliarden-Euro-Konsolidierungs-Programm bis 2007, Zuweisung an GKV auf Null fahren – das waren die Vorgaben der Koalition in ihrem Koalitionsvertrag. „Investieren, sanieren, reformieren“ so lautete dann der Geist von Genshagen, der ersten Klausurtagung der großen Koalition zu Beginn der Legislatur im Januar 2006.

■ ■ ■ getan

In den wirtschaftlich starken Jahren 2006, 2007 und 2008 hat die Koalition deutliche Mehreinnahmen verbucht. Das Geld ging in Ausgabenprogramme. Der Haushalt wurde nicht krisenfest gemacht.

Mit der einsetzenden Krise wurden dann 80 Milliarden Euro ausgeliehen und für zwei Konjunkturpakete verbraten. Dazu kommen noch die Risiken aus dem Bankenrettungsschirm.

Im Frühjahr 2009 hat die Koalition eine Schuldenbremse beschlossen. Diese greift aber viel zu spät, erst ab 2016. Bis dahin können Bund und Länder nach dem Willen der Koalition noch ungebremst Schulden machen.

■ ■ ■ Grüne Position

Das Konzept des grünen Zukunftshaushalts bedeutet: 1) Ausgaben an Kriterien der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit ausrichten, 2) Ausgaben für Klimaschutz, Bildung und Forschung, Kinderbetreuung und Entwicklungszusammenarbeit deutlich ausweiten und damit Infrastrukturen schaffen, von denen auch noch unsere Kinder und Kindeskiner profitieren, 3) Konsolidierung durch Abbau ökologisch schädlicher Subventionen in Milliardenhöhe jedes Jahr, 4) Verwendung konjunktureller Steuermehreinnahmen zur Finanzierung von Haushaltslöchern in schlechten Zeiten; grüne Schuldenbremse im Zukunftshaushalt und 5) Effizientere und wirtschaftlichere Haushaltsführung.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Die Wahlkampfversprechungen von Schwarz-Gelb zu Steuersenkungen lassen befürchten, dass der notwendige Abbau der in der Krise aufgenommenen Schuldenberge nicht auf der Tagesordnung stehen wird. Damit würde die Politik auf Kosten der nächsten Generation weiter fortgeführt.



Die Bilanz: Die bei uns im internationalen Vergleich geringen Einbürgerungszahlen sind unter der großen Koalition dramatisch (um 25 Prozent!) eingebrochen (von 124.153 (2004) auf 94.470 (2008) = ein Minus von rund 30.000!). 130.000 „Geduldete“ leben bei uns – 75 Prozent davon seit mehr als zehn Jahren. Die große Koalition verschafft diesen Familien keine Bleibeperspektive in Deutschland. Heiße Luft statt gleicher Rechte – das kennzeichnet die Integrationspolitik der großen Koalition – ob Einbürgerungstest oder das ideologische Festhalten am sogenannten Optionszwang. Auch beim Thema Zwangsverheiratungen gabs nur Symbolpolitik – oder komplett falsche Maßnahmen.

■ ■ ■ gesagt

Im Koalitionsvertrag war angekündigt worden:

„Die Bedeutung der Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit für den Integrationsprozess soll betont werden.“

„Zur Prävention und Bekämpfung von Zwangsverheiratungen sollen die Rechtstellung der Betroffenen verbessert, Betreuungs-, Beratungs- und Hilfsangebote sowie Präventionsmaßnahmen ausgebaut werden.“

„[Es soll] eine befriedigende Lösung des Problems der sogenannten Kettenduldungen erreicht [werden].“

■ ■ ■ getan

Das Thema Einbürgerung wurde komplett aus dem Nationalen Integrationsplan ausgeklammert. Die Einbürgerung für junge MigrantInnen wurde verschärft. Die Koalition hält zäh am sogenannten Optionsmodell fest und zwingt hier aufgewachsene Jugendliche, sich mit Erreichen der Volljährigkeit zwischen der deutschen und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern zu entscheiden. Der neue Einbürgerungstest zeugt von Misstrauen und dem Willen zur Abschreckung.

Für Betroffene von Zwangsehen gibt es keine Verbesserungen, weder beim aufenthaltsrechtlichen Status, im Sozialrecht noch bei der konsularischen Betreuung von Betroffenen. Stattdessen wurde der Ehegattennachzug verschärft – das ist unverhältnismäßige und untaugliche Symbolpolitik.

Im Jahr 2007 wurde eine gesetzliche Altfallregelung geschaffen und von Union und SPD als „Richtungswechsel“ gefeiert. Wer Arbeit hat, darf – vorläufig – bleiben. Von dieser „Altfallregelung“ konnten, bis Ende 2007 befristet, nur 23.000 Menschen profitieren. Allen ist klar: Aufgrund der Wirtschaftskrise wird nur ein Bruchteil von ihnen die Verlängerung ihres Bleibeberechts erwirken können, der Rest wird in die alten (Ketten-)Duldungen zurückfallen! Unseren grünen Vorschlag auf Fristverlängerung hat die Koalition in den parlamentarischen Beratungen durch Nicht-Befassung absichtlich ausgebremst!

■ ■ ■ Grüne Position

Die Integrationspolitik ist eine Kernfrage der Teilhabegerechtigkeit. Wir wollen, dass MigrantInnen schneller und leichter einbürgert werden können und hoffen, dass sich viele für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden. Das sogenannte Optionsmodell wollen wir abschaffen und Mehrstaatlichkeit zulassen.

Um Migrantinnen vor Gewalt zu schützen und ihnen das Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren, sind bessere Aufenthaltsrechte notwendig, ergänzt durch flächendeckende Beratungsstrukturen, niedrigschwellige Schutzprogramme und die Verankerung entsprechender Präventionsarbeit an den Schulen.

Ein Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge und ihre Kinder, die seit vielen Jahren in Deutschland leben, ist für uns eine humanitäre und integrationspolitische Kernaufgabe. Diese Menschen werden auch in absehbarer Zukunft nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren (können).

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Stillstand. Von der FDP ist hier nichts zu erwarten. Im Bundestag hat sie stets gegen grüne Gesetzentwürfe (zur Liberalisierung des Einbürgerungsrechts bzw. zur Einführung des kommunalen Ausländerwahlrechts) gestimmt.

Jobcenter: Effektive Betreuung gefährdet

statt effizienter Hilfe aus einer Hand

Die Bilanz: Wirtschaftskrise, steigende Arbeitslosigkeit – alles verlangt nach einem funktionierenden System, um Menschen in Beschäftigung zu bringen und Arbeitslose optimal zu betreuen. Eine Reform der Jobcenter sollte deren Effektivität erhöhen. Durch ein BfVG-Urteil ist die Zukunft der Jobcenter jedoch unklar. Die Folge: Mitarbeiter verlassen die Center und eine effektive und funktionierende Arbeitsmarktverwaltung ist gefährdet. Die Betreuung von mehr als 6,6 Millionen Menschen, die im Moment auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, leidet erheblich. Doch die Koalition tut nichts, um den Jobcentern Planungssicherheit zu geben und deren Arbeit abzusichern. Arbeitsminister Scholz will offensichtlich zurück zur getrennten Trägerschaft. Die Folge: mehr Bürokratie, doppelte Anträge und doppelte Prüfverfahren. Ein Ämteralbtraum für Bürgerinnen und Bürger.

■ ■ ■ gesagt

Mit Urteil vom 20.12.2007 erklärt das Bundesverfassungsgericht, dass die Arbeitsgemeinschaften (=Jobcenter) im SGB II verfassungsrechtlich unzulässig sind. Das Zusammenwirken von Bundesbehörden (Arbeitsagenturen) und Landesbehörden (Kreise, kreisfreie Städte) in den Arbeitsgemeinschaften überschreite die Grenzen des verfassungsrechtlich Zulässigen und müsse bis Ende 2010 geändert werden.

Die Politik ist gefordert zu reagieren.

■ ■ ■ getan

Nichts ist passiert.

Olaf Scholz, Jürgen Rüttgers und Kurt Beck haben für die Regierung einen Kompromiss zur Neuordnung der Trägerschaft im SGB II erarbeitet, der eine Änderung des GG vorsah.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnte den Kompromiss jedoch ab. Eine Einigung erfolgt nicht mehr – obwohl die große Koalition eine verfassungsändernde Mehrheit sicher hat.

Einmalig: Angela Merkel hatte den Kompromiss im Parteipräsidium zunächst unterstützt, später in der Fraktion dann dagegen gestimmt.

Grüne Position

Arbeitslose wollen beraten und unterstützt werden und nicht verwaltet. Gesetzgeberisches Handeln ist daher dringend nötig. Sonst droht ab 2011 eine getrennte Trägerschaft der Jobcenter zwischen BA und Kommune. Die Leistungen kämen dann nicht aus einer Hand, was ursprünglich das Ziel war. Um das zu verhindern, muss das Grundgesetz geändert werden. So soll die Zusammenarbeit von Agenturen und Kommunen in den Jobcentern des SGB II ermöglicht werden. Das würde Hilfe aus einer Hand als sinnvolles Grundprinzip der Leistungserbringung erlauben. Für Kommunen, die dieses wollen, muss auch weiterhin eine Option möglich sein, die Aufgaben des SGB II alleine und ohne Zusammenarbeit mit der örtlichen Arbeitsagentur wahrzunehmen.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Union und FDP wollen die Verantwortung für Langzeitarbeitslose – über den Umweg der Länder – vollständig den Kommunen übertragen. Das würde dazu führen, dass sich Bürger nicht mehr auf einen bundeseinheitlichen Standard verlassen können, wenn sie Hilfe brauchen. Außerdem müssten Stadtstaaten wie Bremen, Hamburg und Berlin sowie die ostdeutschen Länder draufzahlen. Reiche Länder wie Bayern und Baden-Württemberg könnten sich aus der solidarischen Verantwortung stehlen.

Kinderpolitik: Viel über Familie geredet

statt Kinder unterstützt

Die Bilanz: Das Leben mit Kindern in Deutschland ist durch die große Koalition nicht einfacher geworden. Mit großer Geste hat sie nur sehr kleine Schritte gemacht. Es gibt einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, der mehr verspricht, als er hält: Er gilt erst ab 2013 und umfasst keine Ganztagsbetreuung. Vor allem aber fehlt jede Regierungsinitiative zur Verbesserung der Qualität in der Kinderbetreuung. Die unbefriedigende Situation in den Kitas treibt die ErzieherInnen auf die Straße. Die Mittel, die Kinder unterstützen sollen, sind weiterhin ungerecht verteilt: Alleinerziehende werden benachteiligt. Kinder haben heute ein Armutsrisiko von 17 Prozent. ALG-2-Regelsätze sind zu niedrig, wohlhabende Familien werden steuerlich bevorzugt, Eheleute profitieren vom Ehegattensplitting. Kurz: Die Koalition hat nicht viel für Kinder getan.

■ ■ ■ gesagt

„... die Lebensbedingungen für Familien verbessern. Deshalb werden wir ... über einen gleichen steuerlichen Grundfreibetrag für Eltern und Kinder ... sprechen.“
„Wir wollen die materielle Kinderarmut reduzieren und hierzu den Kinderzuschlag ... weiterentwickeln.“
„Ganztätige Bildung und Erziehung schaffen erweiterte Möglichkeiten ...“; „Schaffung eines qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Bildungs- und Betreuungsangebots für Kinder aller Altersklassen“ (Koalitionsvertrag)

■ ■ ■ getan

Zwar hat die Bundesregierung das Kindergeld um ca. zehn Euro (!) erhöht, allerdings folgte sie damit lediglich aktuellen Sachzwängen. Ansonsten erzeugt die große Koalition mit einem hochkomplizierten Kinderzuschlag und weiteren steuerlichen Bestimmungen sowie der gesetzlichen Verankerung des Betreuungsgeldes ab 2013 mehr Unübersichtlichkeit und Ineffizienz. Der Kinderzuschlag war der kleinstmögliche Reformschritt. Kinder- und Jugendarmut lässt sich so nicht bekämpfen, der bürokratische Aufwand ist immens. Erst ab 2013 besteht ein gesetzlich festgelegter Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, aber nicht auf einen Ganztagsplatz. Die extrem knapp bemessene Finanzierung für den Krippenausbau ist zum Teil noch gar nicht bei den Kommunen angekommen, weil die Bundesregierung es versäumt hat, die Weitergabe der Gelder durch die Länder an die Kommunen festzuschreiben. Die Betreuungsqualität wurde nicht verbessert. Hier hat man mit dem Kinderförderungsgesetz eine große Chance vertan.

Grüne Position

Wir wollen ein bedarfsgerechtes Kita-Angebot und eine Qualitätsoffensive, die ihren Namen verdient und bundeseinheitliche Qualitätsstandards für Kinderbetreuungseinrichtungen. Kriterien wie Gruppengröße, Personalschlüssel, Raum- und Sachausstattung müssen genauso berücksichtigt werden wie pädagogische Qualität, Bildungsangebote und gesunde Mahlzeiten. Unser Motto: früh investieren, statt später reparieren. Mit der grünen Kindergrundsicherung steht jedem Kind eine monatliche Zahlung von 280-330 Euro, abhängig vom elterlichen Einkommen, zu. So wollen wir materielle Kinderarmut bekämpfen und verhindern. Die, die es am nötigsten brauchen, müssen am meisten bekommen. Die Kindergrundsicherung fasst bestehende Leistungen zusammen, das macht sie transparent und finanzierbar.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung zu Zentren frühkindlicher Bildung würde deutlich ins Stocken geraten, worunter insbesondere Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern leiden würden. Kinderarmut wäre kein Thema, insbesondere die bedarfsgerechte Ausstattung von Kindern würde nicht thematisiert. Kinderrechte würden weiterhin nicht ins Grundgesetz aufgenommen werden. Kinder- und Jugendhilfestrukturen würden aufgrund einer staatlichen Sparpolitik und der Reduktion staatlicher Aufgaben abgebaut, das zeigen auch die Beispiele aus den schwarz-gelben Ländern.

Die Bilanz: Die große Koalition zehrt von den klimapolitischen Erfolgen von Rot-Grün und hat selbst keine wesentlichen Erfolge erzielt, sondern die Vorreiterrolle Deutschlands verspielt. Und in der Wirtschaftskrise greift sie auf die alten industriepolitischen Rezepte zurück, statt den Klimaschutz und die Energiewende für die Modernisierung unserer Wirtschaft zu nutzen. Unterdessen werden die Auswirkungen des Klimawandels immer dramatischer. Und die energiepolitischen Handlungsnotwendigkeiten immer drängender. Stattdessen unterstützte die Bundesregierung weiter die alten Strukturen in der Energie- und Automobilwirtschaft. Schwarz-Rot ist eine Lebensversicherung für Kohlekraft und Spritfresser.

■ ■ ■ gesagt

„... bis 2020 eine Verdopplung der Energieproduktivität gegenüber 1990 zu erreichen“; „wirksame Anreize für die Einführung hocheffizienter Antriebe durch eine am CO₂- und Schadstoffausstoß orientierte Kfz-Steuer schaffen“; „die Selbstverpflichtung des europäischen Automobilverbands ACEA unterstützen, bis 2008 bei Neufahrzeugen eine durchschnittliche Emission von 140 g CO₂ pro km nicht zu überschreiten“. „Das nationale Klimaschutzprogramm weiter entwickeln und zusätzliche Maßnahmen ergreifen, damit Deutschland sein Kyoto-Ziel für 2008 bis 2012 erreicht“. (Koalitionsvertrag)

■ ■ ■ getan

Tatsächlich unterstützt die Bundesregierung den Bau neuer Kohlekraftwerke und hat in der EU durchgesetzt, dass neue Kohlekraftwerke mit bis zu 15 Prozent aus Steuermitteln subventioniert werden dürfen. Mit neuen ineffektiven Kohlekraftwerken sind jedoch ambitionierte Klimaziele nicht zu erreichen, zumal sie den notwendigen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien blockieren. Die Verabschiedung eines Energie-Effizienzgesetzes ist gescheitert. Ein europäisches Vertragsverletzungsverfahren droht, da die Umsetzung einer entsprechenden EU-Richtlinie seit Mai 2008 überfällig ist. Schwarz-rot hat durchgesetzt, dass die Konzerne ihre Netze behalten dürfen, und damit ihre Marktmacht gestärkt. Die Bundesregierung war die treibende Kraft bei der Verwässerung der europäischen CO₂-Grenzwerte für Neuwagen und hat damit den Druck von den deutschen Autobauern genommen, sich endlich neu auszurichten. Mit der Abwrackprämie förderte sie sogar den Absatz von großen Spritfressern. Die tatsächlich verabschiedeten Maßnahmen waren so lasch, dass zusätzliche Einsparungen über die noch von Rot-Grün durchgesetzten hinaus kaum zu erwarten sind. Das Kyoto-Ziel wurde nach neuesten Zahlen bereits von Rot-Grün erreicht.

Grüne Position

Wir wollen die Erderwärmung auf maximal zwei Grad begrenzen und Deutschland wieder zum Vorreiter der Klimapolitik machen: Bis 2020 wollen wir die CO₂-Emissionen auf mindestens 40 Prozent reduzieren. Wir wollen den Atomausstieg forcieren, keine neuen Kohlekraftwerke und 40 Prozent Strom aus Erneuerbaren bis 2020. Die Energienetze wollen wir ausbauen und mehrheitlich in die öffentliche Hand überführen. Klima- und Wirtschaftskrise lassen sich nur gemeinsam lösen, deshalb brauchen wir mehr Investitionen in den Klimaschutz. Dazu tragen bei: konsequenter Ausbau der Erneuerbaren, Steigerung der Energieeffizienz, deutliche Absenkung der CO₂-Grenzwerte für PKW; steuerliche Anreize für sprit- und CO₂-sparsame Autos; Förderung von neuen Ansätzen (Elektromobilität), Abschaffung des Steuerprivilegs für schwere Dienstwagen, KFZ-Steuer mit CO₂-Lenkungswirkung. Wir wollen klimaschädliche Subventionen abbauen.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Klimapolitischer Stillstand. Atomausstieg würde rückgängig gemacht, neue Kohlekraftwerke würden gebaut. Boom der Erneuerbaren ging zu Ende. Das 40-Prozent-Reduktionsziel würde sicher verfehlt. Mehr Ausnahmeregelungen für Industrie und Verkehr bei Emissionshandel und Energiebesteuerung. Energiepolitik (und damit ein wesentlicher Teil der Klimapolitik) käme wieder ins Wirtschaftsministerium, die Lobby würde frohlocken.

Mehrwertsteuer: Soziale Schieflagen und arbeitspolitisches Eigentor statt gerechter Einnahmensteigerung

Die Bilanz: Vor allem eine sozialpolitische Wahnsinnstat war die Mehrwertsteuererhöhung um drei Punkte auf 19 Prozent. 24 Milliarden Euro hat das eingebracht. Aber statt dieses Geld voll für die Senkung der Lohnnebenkosten zu verwenden, wanderten zwei Drittel des Geldes in die Haushalte von Bund und Ländern. Dass die Schwarzarbeit wieder zunahm, ist nur eine der Folgen. Bürgerinnen und Bürger mit wenig Geld mussten fortan mehr für ihre Existenz ausgeben. Das ist nicht nur sozial ungerecht gewesen, sondern hat auch noch den Konsum als Wirtschaftsmotor abgebremst.

■ ■ ■ gesagt

„Merkelsteuer, das wird teuer“ polemisierte die SPD vor der Wahl gegen die von der Union angekündigte Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozent. Nach der Wahl heißt es im Koalitionsvertrag lapidar: „Um dem beginnenden Aufschwung Zeit zur Entfaltung zu lassen, wird der Mehrwertsteuersatz erst in 2007 um drei Prozentpunkte auf 19 Prozent steigen. Davon steht dem Bund ein Prozentpunkt zur Senkung der Lohnzusatzkosten zu. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent bleibt zur Wahrung der sozialen Balance unverändert.“ (Koalitionsvertrag, S. 68)

■ ■ ■ getan

Union und SPD haben den Koalitionsvertrag buchstabengetreu umgesetzt. Allerdings haben sie ihre Wahlversprechen gebrochen.

■ ■ ■ Grüne Position

Die Mehrwertsteuererhöhung trifft die kleinen und mittleren Einkommen. Vor allem die Familien, die einen überproportionalen Anteil des Haushaltseinkommens für Dinge des täglichen Bedarfs ausgeben müssen, bekommen das zu spüren. Mehrwertsteuererhöhungen sind sozial ungerecht. Eine ökologisch und ökonomisch sinnvollere Einnahmequelle wäre der Abbau umweltschädlicher Subventionen und Steuerprivilegien gewesen. Weitere Mittel hätten ein konsequentes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung, das Abschmelzen des Ehegattensplittings und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent generiert, um Sozialversicherungsbeiträge zu senken und einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Wie Schwarz-Gelb die Einkommensteuersenkungen für Besserverdienende finanzieren will, die Union und FDP vollmundig angekündigt haben, steht in den Sternen. Nach der Wahl könnten die Wählerinnen und Wähler wohl abermals durch eine deutliche Mehrwertsteuererhöhung überrascht werden.

Die Bilanz: Bei den Menschenrechten war die Koalition vor allem eins: passiv und unglaubwürdig. Unglaubwürdig, weil sie keinerlei innenpolitische Menschenrechtsthemen auf ihre Agenda gesetzt hat, obwohl dies notwendig gewesen wäre. So hat sie z. B. Personen in Länder abgeschoben, in denen ihnen schwere Menschenrechtsverletzungen drohen – unter Berufung auf „diplomatische Zusicherungen“ der betreffenden Staaten. Passiv, weil sie die Vorbehalte gegen die UN-Kinderrechtskonvention NICHT zurückgenommen hat. Sie hat die Grundversorgung von Flüchtlingen, die sich unrechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, NICHT verbessert. Sie hat Beweismittel, die unter Folter zustande kamen, NICHT grundsätzlich von ihrer Verwertung ausgeschlossen. Einige wichtige internationale Menschenrechtsabkommen wurden NICHT gezeichnet oder ratifiziert, darunter das 12. Zusatzprotokoll der Europäischen Menschenrechtskonvention, die Konvention des Europarates gegen Menschenhandel und das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt der Vereinten Nationen.

■ ■ ■ gesagt

Menschenrechte sind die Grundlage deutscher Außenpolitik. Die Entwicklungszusammenarbeit muss auch auf die Förderung von Menschenrechten ausgerichtet sein. Darüber hinaus wurden Weißrussland und China als Länder, in denen die Menschenrechte gefördert werden sollen, explizit erwähnt. Demgegenüber wurden Asien, Afrika und Lateinamerika, nur als Regionen im Zusammenhang mit Menschenrechten benannt, ohne Ziele oder Strategien dazu zu erläutern.

■ ■ ■ getan

Die Koalition hat 2008 zwar aktiv den Entwurf des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vorgebracht und stimmte im Dezember in der UN-Generalversammlung für dessen Annahme. Allerdings wurde eine Zeichnung des Zusatzprotokolls auf unbestimmte Zeit verschoben. Innenminister Schäuble wollte 2008 nur christliche irakische Flüchtlinge aufnehmen. Nach einer öffentlichen Debatte wurde diese Vorgabe abgeändert. Die Koalition hat sich nicht zügig und klar für eine Aufnahme nicht mehr tatverdächtiger Häftlinge aus Guantánamo Bay ausgesprochen. Die Koalition hat darauf verzichtet, einen klareren Kurs gegenüber Russland zu vertreten und auf menschenrechtliche und rechtsstaatliche Defizite deutlich hinzuweisen.

■ ■ ■ Grüne Position

Die Menschenrechte sind unteilbar und universell gültig. Innen- und Außenpolitik müssen an den Menschenrechten ausgerichtet sein. Effektive Menschenrechtspolitik ist mehr als das symbolische Überreichen von Listen zu Einzelfällen. Zu ihr gehören auch die institutionelle Stärkung menschenrechtsrelevanter Institutionen, die Unterstützung von engagierten NGOs und Persönlichkeiten, nicht zuletzt die langwierigen Bemühungen in Dialogprozessen und Überzeugungsarbeit. Für uns Grüne ist der unmissverständliche Einsatz für die Menschenrechte ein zentraler Pfeiler unserer Politik.

■ ■ ■ Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Es könnte ggf. Verbesserungen beim Schutz der Bürgerrechte geben. Die FDP würde versuchen, bestimmte innenpolitische Themen stärker voranzutreiben, würde sich aber z. B. beim Flüchtlingsschutz vermutlich nicht durchsetzen und andere Bereiche wie Antidiskriminierung selber nicht besetzen.

Die Bilanz: Überall in der EU gibt es gesetzliche Mindestlöhne oder vergleichbare Regelungen. Deutschland bietet dagegen – trotz SPD-Arbeitsminister – weiterhin keinen wirksamen Schutz vor Armuts-löhnen. Mehr als 6,5 Millionen Menschen arbeiten bei uns im Niedriglohnsektor. Fast zwei Millionen verdienen 2006 weniger als fünf Euro brutto in der Stunde. Die Folge: Immer mehr müssen ihren Lohn mit Arbeitslosengeld II aufstocken. Die Koalition hat in dem Bereich zwar Gesetze geändert. In der Realität kommt das nicht an: Mehr als drei Viertel der Beschäftigten im Niedriglohnsektor werden von diesen Gesetzen nicht erreicht. Rund 70 Prozent der im Niedriglohnsektor Beschäftigten sind Frauen.

■ ■ ■ gesagt

„Wir wollen einerseits sicherstellen, dass Löhne nicht in den Bereich der Sittenwidrigkeit heruntergedrückt werden können“ (Koalitionsvertrag).

Im Koalitionsausschuss am 18./19. Juni 2007 wurde beschlossen, weitere zehn bis zwölf Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz einzubeziehen und das Mindestarbeitsbedingungengesetz von 1952 zu aktualisieren.

In der Koalitionsrunde zum Konjunkturpaket II am 12.01.2009 wurde eine Lohnuntergrenze für die Zeitarbeitsbranche verabredet.

■ ■ ■ getan

Statt zehn bis zwölf Branchen haben es bis zum Ende der 16. WP nur acht ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz geschafft. Insgesamt gibt es nun in neun Branchen einen Mindestlohn. Die besonders von Lohndumping betroffene Zeitarbeit gehört nicht dazu.

Das Mindestarbeitsbedingungengesetz wurde zwar aktualisiert. Es fehlt aber noch immer eine Rechtsgrundlage für eine allgemeine Lohnuntergrenze. Außerdem findet sich darin ein Vorrang für bestehende Tarifverträge. Letzteres ermöglicht, dass Tarifverträge mit Niedrigstlöhnen fortbestehen. Die zu trauriger Berühmtheit gekommene Friseurin in Sachsen kann damit weiterhin mit drei Euro pro Stunde abgespeist werden. Das Gesetz wird in seiner jetzigen Fassung kaum je praktischen Schutz vor Lohndumping bieten.

■ ■ ■ Grüne Position

Nach wie vor ist ein wirksamer Schutz vor Lohndumping nötig. Wir wollen eine Mindestlohn-Kommission mit Vertretern der Sozialpartner und der Wissenschaft. Sie legt eine verbindliche generelle Lohnuntergrenze fest, die mindestens 7,50 Euro/h beträgt. Branchen- und regionalspezifische Mindestlöhne, die über dieser allgemeinen Lohnuntergrenze liegen, müssen ergänzend möglich sein.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Sowohl Union als auch FDP lehnen einen gesetzlichen Mindestlohn ab. Die Union will sich auf die Sittenwidrigkeit im BGB verlassen, um Lohndumping zu verhindern. Nach allgemeiner Rechtsprechung fängt die Sittenwidrigkeit ab einer Abweichung nach unten von einem Drittel und mehr von den jeweiligen Tariflöhnen an. Für FriseurInnen in Sachsen wäre den Plänen der Union zufolge also auch ein Lohn von zwei Euro pro Stunde noch in Ordnung. Wir finden, das ist alles andere als in Ordnung.

Rüstungspolitik: Waffen exportieren

statt Abrüsten

Die Bilanz: Deutschland ist drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt mit einem geschätzten Weltmarktanteil von zehn Prozent. Die Bundesrepublik hat inzwischen den sechstgrößten Militärhaushalt der Welt. Die internationale Vorreiterrolle, die unter Rot-Grün bei der zivilen Krisenprävention erreicht wurde, ist dahin.

Die große Koalition hat Milliarden in die Rüstung, wenig in eine Infrastruktur zur zivilen Friedenssicherung investiert. Sie ignoriert Exportrichtlinien und liefert Waffen auch in Krisenregionen. Sie hat mit forciert, dass die Nuklearsanktionen gegen Indien aufgehoben wurden. Mangelnde Transparenz und mangelnde parlamentarische Mitwirkung kennzeichnen ihr Handeln. Nukleare Abrüstung ist kein Thema. Ein Abzug der US-Atomwaffen aus Europa? Schweigen.

■ ■ ■ gesagt

Der Koalitionsvertrag enthielt keine Punkte zu einer aktiven Politik der Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Man wollte in der EU eine „Harmonisierung“ der Rüstungsexportrichtlinien erreichen.

Der Erhalt von Kernfähigkeiten und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Rüstungsindustrie wurde in den Mittelpunkt gerückt. Die Rüstungsplanung der Bundeswehr sollte dem Erhalt industrieller Kernkompetenzen dienen.

■ ■ ■ getan

Die Koalition hat den Rüstungshaushalt erhöht. Statt die Bundeswehrreform fortzusetzen, hat man viel Geld in falsche Strukturen (Wehrpflicht) und Rüstungsprojekte investiert. Zahlreiche industriepolitisch begründete Rüstungsprojekte – Eurofighter, A400 M oder MEADS – stehen vor dem Kollaps und werden immer teurer.

Rüstungsexportpolitik expandiert. Rüstungsgüter wurden in Krisengebiete wie Indien, Pakistan und in den Nahen Osten exportiert. Der Export von Kleinwaffen stieg an.

Abrüstungspolitisch hat die schwarz-rote Bundesregierung mit ihrer Zustimmung zum US-Indischen-Nukleardeal großen Schaden angerichtet. Im Weißbuch hat sie sich zu einem Festhalten an Atomwaffen – auch in Deutschland – bekannt. Sie hat bei den Verhandlungen über ein umfassendes Verbot von Streumunition lange gebremst.

Grüne Position

Deutschland muss wieder Vorreiter und Motor bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle werden! D.h. z. B. Abzug von US-Atomwaffen, Beendigung nuklearer Teilhabe, gemeinsam mit Russland konventionelle Abrüstung in Europa vorantreiben, kein Wettrüsten. Für eine restriktive und transparente Rüstungsexportpolitik muss das Parlament stärker einbezogen werden. Für Rüstungsexporte darf es keine Hermesbürgschaften geben. Dazu muss die Verantwortung für Rüstungsexporte vom Wirtschaftsministerium in die Rüstungskontrollabteilung des Auswärtigen Amtes verlagert werden. Auf überdimensionierte und industriepolitisch bedingte Rüstungsbeschaffungsprojekte der Bundeswehr muss verzichtet werden. Vielmehr soll die Bundeswehr einen Sparbeitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten und weiter verkleinert werden (Freiwilligenarmee 200.000). Die Wehrpflicht muss endlich weg.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Keinen friedens- und abrüstungspolitischen Kurswechsel. Die FDP wird weder für die Abschaffung der Wehrpflicht noch für eine aktive Abrüstungspolitik kämpfen. Zivile Krisenprävention ist für Schwarz-Gelb ein Fremdwort. D.h. : weitere Erhöhung der Verteidigungsausgaben; weitere Liberalisierung der Rüstungsexporte, die Wehrpflicht wird beibehalten, die Bundeswehr wird nicht substantziell verkleinert, es gibt keine eigenen Initiativen zur nuklearen und konventionellen Abrüstung, es gibt keinen Ausbau der Instrumente zur zivilen Krisenprävention und Friedenssicherung.

Die Bilanz: Die große Koalition trägt Steuervereinfachung wie ein Mantra vor sich her. Doch nichts hat sie getan, um dieses Ziel zu erreichen: Es gab kein einziges Steuervereinfachungsgesetz, dafür jährlich ein Jahressteuergesetz mit weiteren Komplizierungen. Pauschalen wurden abgebaut und neue, extrem komplizierte Vorschriften zur Unternehmensbesteuerung eingeführt.

■ ■ ■ gesagt

„Wir stimmen darin überein, das Einkommensteuerrecht zu vereinfachen, um mehr Transparenz, Effizienz und Gerechtigkeit zu erreichen“ Koalitionsvertrag, S.70

„Mit der Steuervereinfachung leisten wir einen Beitrag, den Steuervollzug für Bürger, Unternehmen und Verwaltung spürbar zu erleichtern. Deshalb werden wir ... durch Typisierungen und Pauschalierungen das Besteuerungsverfahren modernisieren.“ (Koalitionsvertrag)

■ ■ ■ getan

Die Entfernungspauschale für die ersten 20 km wurde gestrichen und dann vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verworfen. Der Sparerfreibetrag wurde halbiert, die Abgeltungssteuer mit hochkomplizierten Vorschriften versehen und die Unternehmensbesteuerung durch kaum verständliche Vorschriften zur „Zinsschranke“ für Unternehmen, inzwischen ein Buch mit noch mehr Siegeln.

Grüne Position

Wirkliche Vereinfachung in der Steuerpolitik: eine Ausweitung der Werbungs- und Betriebskostenpauschale von 920 auf 2.000 Euro; die Einführung einer Mobilitätszulage von fünf bis sechs Cent, die alle gleichmäßig entlastet; ein individuelles Altersvorsorgekonto für alle, das als einheitliches Dach für die betriebliche und private Altersvorsorge dient; eine einheitliche Kindergrundsicherung, die Kinderfreibetrag, Kindergeld, Kinderzuschlag etc. zusammenführt.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Jedenfalls keine Vereinfachung. Schwarz-Gelb denkt offensichtlich nur an Steuersatzsenkungen. Die Komplizierungorgie mit den jährlichen Jahressteuergesetzen würde sicherlich ungebremst weitergehen.

Umweltrecht: Zersplittert

statt vereinfacht

Die Bilanz: Das Vorhaben eines einheitlichen Umweltgesetzbuches ist auf ganzer Linie gescheitert. Schon lange war klar: Das deutsche Umweltrecht muss zusammengeführt und modernisiert werden. Denn den Anforderungen einer modernen Umweltpolitik kann es in der bestehenden Form nicht genügen. Aber statt ein zusammenhängendes Umweltgesetzbuch (UGB) auf den Weg zu bringen, hat die große Koalition ein gesetzepolitisches Trümmerfeld hinterlassen und eine Vielzahl von Einzelgesetzen, die fachlich nicht ausreichend sind, um die notwendigen umweltrechtlichen Standards bundeseinheitlich festzusetzen. Das Umweltrecht bleibt zersplittert. Auch eine Reform der Genehmigungsverfahren, die zu einer Bündelung und Vereinfachung führen sollte, blieb damit aus. Mögliche Einsparungen von Kosten, die die Bürokratie verschlingt (laut Normenkontrollrat eine Nettoentlastung von ca. 27 Millionen Euro jährlich), wurden nicht realisiert. Umwelt und Steuerzahler haben das Nachsehen.

■ ■ ■ gesagt

„Das historisch gewachsene, zwischen verschiedenen Fachgebieten sowie zwischen Bund und Ländern stark zersplitterte Umweltrecht, entspricht nicht den Anforderungen an eine integrierte Umweltpolitik:

Das deutsche Umweltrecht soll vereinfacht und in einem Umweltgesetzbuch zusammengefasst werden.

Die verschiedenen Genehmigungsverfahren sind im Rahmen eines Umweltgesetzbuchs durch eine integrierte Vorhabengenehmigung zu ersetzen.“ (Koalitionsvertrag)

■ ■ ■ getan

Das Umweltgesetzbuch ist gescheitert. Die Bundesregierung hat nur vier Einzelgesetze ohne das Herzstück, die integrierte Vorhabengenehmigung (IVG), auf den Weg gebracht.

Durch die weiter bestehende Aufsplitterung ist die angestrebte Vereinfachung und die Zusammenfassung des Umweltrechts gescheitert.

Vorgelegt wurden Neuregelungen zum Naturschutz und zum Wasserrecht.

Grüne Position

Umweltschutz in die Tat umzusetzen muss weder bürokratisch noch teuer sein: wenn man Verfahren vereinfacht und Regelungen zusammenführt. Die Schaffung eines einheitlichen Umweltrechts bleibt also auf der Tagesordnung. Wir wollen ein hohes, verbindliches und bundeseinheitliches Schutzniveau für Gesundheit und Umwelt festschreiben. Standards dürfen nicht zulasten dieser kostbaren Werte für Mensch und Ökosystem gesenkt werden.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

CDU/CSU und FDP haben das UGB verhindert und im Bundestag und Bundesrat die Restgesetze BundesnaturschutzG und WasserhaushaltsG geschliffen. Schwarz-Gelb bedeutet: möglichst wenige, niedrigere Umweltstandards und möglichst große Abweichungsmöglichkeiten (nach unten) für die Länder. Das führt zu einem „race to the bottom“ in der Umweltpolitik.

Die Bilanz: Verbraucherschutz ist an die letzte Stelle gerückt. Aufklärung und Beratung werden abgebaut: Nur noch 190 Beratungsstellen beraten 0,14 Prozent der Haushalte im Jahr zu Verbraucherproblemen. Im Praxistest entpuppt sich das Verbraucherinformationsgesetz als Etikettenschwindel. Auch in der Finanzkrise bleibt Schwarz-Rot taub für Falschberatung, Intransparenz und Abzocke, die zehntausende Anleger ins Minus und rund vier Millionen VerbraucherInnen in die Schulden gebracht haben. Verbraucheranliegen haben gegen Wirtschaftslobbyisten keine Chance mehr. Das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft wird zerstört.

■ ■ ■ gesagt

„Wir wollen ein Verbraucherinformationsgesetz, das den hohen Ansprüchen der Verbraucherinnen und Verbraucher auf Information über gesundheitsgefährdende oder risikobehaftete Produkte gerecht wird und nicht zu unverhältnismäßiger Bürokratie führt. Das Verbraucherinformationsgesetz wird die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher auf Information regeln und negative Auswirkungen auf Wirtschaftsbeteiligte, deren Erzeugnisse ohne Beanstandung sind, vermeiden.“ (Koalitionsvertrag)

■ ■ ■ getan

Der erste Gesetzentwurf vom 9.5.2006 scheiterte am 8.12.2006 am Bundespräsidenten (handwerklicher Fehler wg. Nichtbeachtung der Förderalismusreform). Im zweiten Anlauf trat das Gesetz am 1.5.2008 trotz massiver Proteste von Verbraucherverbänden in Kraft. Jeder hat jetzt zwar Anspruch auf in Behörden vorliegende Verbraucherinformationen über Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Der Informationsanspruch ist allerdings auf Behörden und auf den Lebensmittelbereich beschränkt.

■ ■ ■ Grüne Position

Verbraucherrechte sind Bürgerrechte! Wir wollen ein umfassendes Verbraucherinformationsgesetz. VerbraucherInnen haben einen Anspruch auf besseren Datenschutz, echte Fahrgastrechte, Schutzrechte gegen Telefonwerbung und Abzocke, bessere Lebensmittel-Kennzeichnung und den ordnungspolitischen Rahmen für nachhaltigen Konsum. Wir lehnen Genfood auf dem Teller ab.

Und was würde Schwarz-Gelb bedeuten?

Das Verbraucherministerium wird abgeschafft. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaftsunternehmen statt gesetzlicher Regulierung. Duldung von betrügerischen Geschäftsmodellen, Ausbeutung der Umwelt für immer mehr Spaß-Konsum statt Anreizen und Aufklärung für nachhaltigen Konsum. Förderung von Genfood. Informationsüberflutung, greenwashing und Siegel-Wirr-warr der Unternehmen. Desinformationskampagnen von Bauernverband über Ernährungsindustrie zum Thema „Übergewicht“. Marktreligiöse Appelle an die Eigenverantwortung und Aufweichen von Schutzstandards für schwache Konsumenten. Übertriebener Schutz von sogenannten Betriebsgeheimnissen. Weiterer Abbau von Verbraucherberatung.